

**38**  
**77**

# Union in Deutschland

Bonn, den 10. November 1977

## Entspannungs- politik ist keine Einbahnstraße

Die jüngsten sowjetischen Störmanöver in West-Berlin hat der Bundesvorstand der CDU auf seiner Sitzung am 7. November 1977 scharf kritisiert. Helmut Kohl bezeichnete das Zeitungsinterview des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin, Abrassimow, und die Behinderung des Präsidenten des Europa-Parlaments, Colombo, durch sowjetische Patrouillen in West-Berlin als weiteres Glied in einer langen Kette von Versuchen Moskaus, den Viermächtestatus von Berlin auf West-Berlin zu begrenzen, das Viermächteabkommen einseitig zu Lasten von West-Berlin und gegen die Interessen der Bundesrepublik auszulegen und zu verändern.

Kohl stellte fest, daß die Sowjetunion damit weiter das Ziel verfolge, West-Berlin politisch zu isolieren.

Demgegenüber kennzeichne Hilflosigkeit und Unentschlossenheit das Verhalten der Bundesregierung. Sie verharre weiter in der Defensive. Die Bundesregierung werde zwar nicht müde zu erklären, Berlin sei der Prüfstein der Entspannung. Der CDU-Bundesvorstand forderte die Bundesregierung auf, daß sie diesen Anspruch

Weiter auf Seite 2

### ■ WOHNUNGSBAU

Eine breitere Streuung des privaten Eigentums fordert die Union bei gleichzeitiger Neuorientierung der Wohnungsbaupolitik. Seite 5

### ■ LANDESPARTEI- TAGE

Großer Vertrauensbeweis für Heinrich Köppler beim Landesparteitag der CDU Rheinland in Aachen. Seite 7

In Friedberg forderte Alfred Dregger auf dem 44. Landesparteitag der CDU Hessen die Ablösung der Wiesbadener SPD/FDP-Regierung. Seite 11

### ■ SPD

Egon Bahr und Willy Brandt trafen sich mit PLO-Vertretern. Seite 13

### ■ PARTEIARBEIT

Die „Woche der CDU“ findet immer größeren Anklang in den CDU-Verbänden. Wir bringen 20 bemerkenswerte Beispiele. Seite 14

Gesamtangebot der Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle. Rosa Teil

### ■ DOKUMENTATION

Vorschläge zur Überwindung der Frauenarbeit. Grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

aber auch und gerade gegenüber der Sowjetunion mit allem Nachdruck vertritt: „Die Sowjetunion muß begreifen, daß Entspannungspolitik keine Einbahnstraße sein kann. Das Viermächteabkommen über Berlin muß von allen Beteiligten strikt eingehalten und voll angewendet werden. Dies muß auch für die Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland gelten.

Kohl warnte eindringlich vor der Ansicht, daß der Terrorismus mit der Entführung und Ermordung Hanns-Martin Schleyers und mit der glücklichen Befreiung der Geiseln von Mogadischu erledigt sei. Es bedeute eine totale Fehleinschätzung der terroristischen Bedrohung, jetzt wieder zum politischen Alltag überzugehen. Die schrecklichen Ereignisse der letzten Monate und Wochen hätten im Bewußtsein der Bürger tiefe Spuren hinterlassen.

Es komme jetzt darauf an, die geistigen Ursachen des Terrorismus zu erkennen, ohne deren Analyse ein erfolgreicher Kampf gegen diese Herausforderung unseres Staates und aller Bürger nicht geführt werden könne. Für die CDU stelle sich dabei die Hauptaufgabe, die immateriellen Grundlagen unserer Bundesrepublik Deutschland wieder neu ins Bewußtsein der Bürger zu heben. Die CDU werde hierzu auf einer Fachtagung über die geistigen und gesellschaftlichen Ursachen des Terrorismus am 29./30. November einen Beitrag leisten.

Die Entwicklung des Terrorismus in der Bundesrepublik habe gezeigt, daß die Gesetzesvorhaben der CDU/CSU zur Bekämpfung des Terrorismus hilfreich, wichtig und notwendig sind. Dies gelte vor allem für die Sicherungsverwahrung von Terroristen, für die Verkürzung der Prozeßdauer, für die Überwachung des Anwaltsverkehrs und für eine Verstärkung der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Rahmen unserer föderalistischen Ordnung.

Der Bundesvorstand hat auch das energiepolitische Programm beraten und mit einigen redaktionellen Änderungen gebilligt. Die Vorlage wird nun dem Bundesausschuß (Kleiner Parteitag) am 28. November 1977 zur Beschlußfassung zugeleitet werden. Kohl erinnerte daran, daß die CDU als einzige große Partei der Bundesrepublik Deutschland über einen klaren und breitgetragenen Kurs in der Energiepolitik verfügt. Im Gegensatz zu dem Zickzackkurs und der Handlungsunfähigkeit der SPD/FDP habe die CDU aus politischem Verantwortungsbewußtsein ein zukunftsweisendes Energieprogramm erarbeitet.

Helmut Kohl erklärte weiter: „Die CDU sagt ein klares Ja zu einem qualitätsorientierten Wachstum. Dieses Wachstum ist notwendigerweise mit einem steigenden Energieverbrauch verbunden. Es ist erforderlich, daß alle konventionellen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Erdgas und Wasserkraft) dazu beitragen, den künftigen Energiebedarf zu decken. Die CDU sagt ein klares Ja zu einer rationellen und sparsamen Energieverwendung mit freiheitlichen Mitteln. Hinzu kommt ein klares Ja zum Ausbau der Kernenergie. Dabei muß die Sicherheit von Kernkraftwerken und die Entsorgung gewährleistet sein. Eine langfristige Energiepolitik muß auf Kohle und Kernenergie aufbauen. Die Förderung neuer nichtnuklearer Energiesysteme muß gestärkt werden.“

## ■ INFORMATION

### **Stark in den Rathäusern**

„Die CDU/CSU ist die führende Kommunalpartei der Bundesrepublik“, stellte der Bundesgeschäftsführer der kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU/CSU, Herkenrath, vor der Düsseldorf CDU in Vertretung für den KPV-Vorsitzenden Horst Waffenschmidt fest, der wegen der entwicklungspolitischen Debatte im Bundestag festgehalten worden war. Herkenraths Hinweis auf die führende Kommunalpartei wurde unter anderem mit Zahlen untermauert: Die CDU/CSU stellt etwa 100 000 Mandatsträger im kommunalen Bereich; die SPD bringt es auf kaum 50 000, die FDP auf weniger als 10 000. Dagegen spielen freie Wählervereinigungen in der Bundesrepublik mit insgesamt etwa 55 000 Mandatsträgern eine starke Rolle.

### **Bundeswehr im linken Visier**

Dem Jahresbericht des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) zufolge wurden im letzten Jahr insgesamt 125 Personen in den Streitkräften ermittelt, die man der Kategorie der extremen Rechten zuschreiben darf: 14 Berufssoldaten (Offiziere und Unteroffiziere), 61 Zeitsoldaten, 27 Wehrpflichtige und 23 Zivilisten.

Dagegen ist ein Anwachsen linksextremistischer Aktivitäten im Bundeswehrbereich unverkennbar. Im vergangenen Jahr stellte der MAD 8 222 solcher Aktionen von links fest. In der Bundeswehr selbst kam es 1976 zu 235 linksradikalen „Vorfällen“. Gegenüber 1974 fast die doppelte Zahl.

Die Bundeswehr wird also nicht von

extremen Rechten, sondern in weit stärkerem Maße von extremen Linken als Exerzierfeld betrachtet. Das ist um so bemerkenswerter, als die Aktivitäten linksradikaler Kräfte in der Truppe von den Kampfmaßnahmen entsprechender Gruppen von außen flankiert werden.

### **Besinnung auf die deutsche Geschichte**

Vor dem zweiten Zonenrandkongreß der Jungen Union (JU) in Berlin hat der Vorsitzende der christlich-demokratischen Jugendorganisation, Matthias Wissmann, als eine der wichtigsten Aufgaben der JU hervorgehoben, mehr für das Bewußtsein der eigenen Geschichte zu tun. Die junge Generation werde nur dann in Frieden und Freiheit leben können, wenn sie die Geschichte ihres Volkes und ihre Herkunft aus dieser Geschichte kenne. Die Junge Union diskutiert die Fragen der Menschenrechte nach der Überzeugung Wissmanns glaubwürdiger als linke Gruppen, weil sie nicht nur für die Verwirklichung dieser Rechte in Südafrika und Chile, sondern auch in den Ländern Osteuropas eintritt.

### **Weniger Bewerber als Ausbildungsplätze**

In Schleswig-Holstein werden zur Zeit über 1 000 freie Ausbildungsplätze angeboten, die Zahl der Bewerber liegt aber deutlich darunter. Diese Feststellung veranlaßte den CDU-Landtagsabgeordneten Werner Kalinka an die betroffenen Jugendlichen und deren Eltern zu appellieren, die Ansprüche bei der Wahl der Ausbildungsplätze nicht zu hoch anzusetzen. „Wer jetzt keinen Ausbildungsplatz nimmt, findet im nächsten Jahr keinen besseren“, erklärte

Kalinka. Traumberufe seien schon immer — auch in Zeiten der Hochkonjunktur — Mangelware gewesen.

## Praxisferne Konjunkturpolitik

Mangelnde Praxisnähe und schlechte Abstimmung der staatlichen Konjunkturpolitik mit der kommunalen Ebene hat der Stuttgarter Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Manfred Rommel dem Bund vorgeworfen. Das Bonner 16-Mrd.-Programm sei ein Beispiel dafür, wie man mit den Kommunen nicht umspringen sollte. Bei künftigen Konjunkturprogrammen sollten den einzelnen Gemeinden Quoten für dringliche Infrastruktur-Investitionen im Hoch- oder Tiefbau zugeteilt werden, forderte Rommel auf der Mitgliederversammlung des Hessischen Städtetages in Offenbach. Als Träger von zwei Dritteln der öffentlichen Investitionen seien Städte und Gemeinden selbstverständlich bereit, ihren Beitrag zur Konjunkturunterstützung und -belebung zu leisten. „Dieser Beitrag ist aber nicht sehr wirksam, wenn die Konjunkturprogramme in den Ministerien am grünen Tisch zusammengebaut und ohne Rücksicht auf die kommunale Praxis vom Stapel gelassen werden“, erklärte Stuttgarts Oberbürgermeister.

## Gefahr durch Mehrdeutigkeiten

Auf die Gefahr eines politischen Mißbrauchs zweier Zusatzprotokolle zu den Internationalen Rotkreuz-Konventionen von 1949 wies der Bundestagsabgeordnete Alois Mertes (Gerolstein) hin. Die Protokolle werden nach langjährigen Verhandlungen im Dezember in Genf zur Unterzeichnung aufgelegt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fürchtet, daß die Bundesregierung die Texte un-

terzeichnen und sie dann dem Bundestag zur Ratifizierung zuleiten wird. „Bedeutungsvollerweise enthalten die Texte in wesentlichen Fragen Mehrdeutigkeiten, die sich künftig als abträglich für unsere Interessen erweisen könnten“, sagte der außenpolitische CDU-Experte. Dabei gehe es zum Beispiel um die Frage, ob bestimmte Terroristengruppen künftig den Status völkerrechtlich geschützter Kombattanten haben sollen. Mertes betonte, Grauzonen, die in entscheidenden Ost-West-Fragen immer wieder zu Belastungen führten, sollten nun nicht auch noch in vitalen Sicherheitsfragen geschaffen werden.

## Riesige Atomkraftwerke im Ostblock

Der Ostblock scheint sich immer stärker auf Atomenergie einzurichten. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Strougal kündigte — wie der Platow-Dienst berichtet — vor kurzem in Ost- und West-Berlin den Bau eines riesigen Atomkraftwerkes in den westlichen Regionen der Sowjetunion an. Ein Milliardenvorhaben, in das alle Länder des Comecon — ähnlich wie bei der Gasleitung Orenburg — investieren sollen, um daraus gemeinsam Strom zu beziehen. In Ost- und West-Berlin werden schon jetzt die dafür erforderlichen Hochspannungsleitungen gebaut, und in den Skoda-Werken in Pilsen hat man sich schon vollends auf den Bau von Schnellen Brütern von 1 000 Megawatt eingerichtet. Insgesamt will die Prager Regierung in den nächsten fünf Jahren fünf Kernkraftwerke mit einer Leistung von zusammen 3 500 Megawatt in Betrieb gestellt haben.

## ■ WOHNUNGSBAUPOLITIK

# Neuorientierung ist dringend erforderlich

**Die Wohnungsbaupolitik bedarf einer Neuorientierung. Ein Ziel der Wohnungsbaupolitik, die Mindestversorgung aller Bürger mit geeignetem Wohnraum, ist weitgehend erreicht. Gleichwohl gibt es noch in erheblichem Ausmaß regionale und gruppenspezifische Engpässe. Zudem steigt die Zahl der Haushalte. Um Fehlentwicklungen zu vermeiden, bedarf es daher praxisbezogener Erhebungen über Angebot und Nachfrage im künftigen Wohnungsbau.**

**D**as Ziel der Wohnungsbaupolitik, die Bildung privaten Eigentums mit Vorrang zu fördern, hat der Gesetzgeber der Wohnungspolitik zur Aufgabe gemacht. Die verbindlichen politischen Entscheidungen aber lassen dieses Ziel als gefährdet erscheinen.

Im internationalen Vergleich schneidet die Bundesrepublik als das Land mit dem geringsten Anteil von Eigentümerwohnungen am Wohnungsbestand immer noch schlecht ab. Ein überzeugendes Sachargument gegen eine verstärkte Eigentumsförderung im Wohnungsbau gibt es nicht. Der aufzubringende Förderungsbetrag pro Wohnung ist bei der Eigentumsförderung weit geringer als bei der Förderung einer Mietwohnung.

Die gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten, höhere öffentliche Bau- oder An-

spardarlehen in Anspruch zu nehmen, werden von den Bauherren häufig im Hinblick auf ihre angesparten Mittel und die Bauspardarlehen nicht ausgeschöpft. Dazu kommt, daß der Bezieher eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung in der Regel eine preisgünstigere Mietwohnung freimacht.

CDU und CSU halten in der Wohnungsbaupolitik auch künftig an ihrem ordnungspolitischen Ziel fest, privates Eigentum an Grund und Wohnungen breiter zu streuen. Eine breite Streuung privaten Eigentums ist die freiheitliche Alternative zur Einräumung bloßer Nutzungsrechte. Familienheim und eigen-genutzte Eigentumswohnungen bilden den besten Mieterschutz.

Wohnungsneubau, Wohnungsmodernisierung und Wohnungssanierung sind gleichwertige städtebauliche und wohnungspolitische Aufgaben der Zukunft. Die Modernisierung des Altwohnungsbestandes sowie die Sanierung der Innenstädte gewinnen immer mehr an Bedeutung. Diese Entwicklung darf jedoch nicht dazu führen, daß die öffentlichen Förderungsmittel einseitig in die Verdichtungsgebiete fließen und die ländlichen Räume leer ausgehen. Die Wohnungsmodernisierungspolitik ist durch ergänzende städtebauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnwertes zu sichern.

Ohne Anreize für private Investitionen geht es im freifinanzierten Mietwoh-

nungsbau nicht wieder bergauf. Mit dem durch das II. Wohnraumkündigungsschutzgesetz vom 18. Dezember 1974 zum Dauerrecht gewordenen Vergleichsmietenverfahren wurde die kritische Schwelle für Investitionsentscheidungen in diesem Bereich überschritten. War die Rentabilität im Mietwohnungsbau bereits seit Anfang der 70er Jahre dadurch gefährdet, daß auch bei vergleichsweise hohem Eigenkapitaleinsatz die Neubaumieten nicht mehr die laufenden Ausgaben zu decken vermochten, so hat nun das Vergleichsmietenverfahren den Investoren auch noch die Aussicht auf Rendite in späteren Jahren genommen.

Der durch die Mietengesetzgebung des Bundes mithervorgerufene Niedergang des freifinanzierten Wohnungsbaus wird begleitet von weiterer Rückläufigkeit des öffentlich geförderten Wohnungsbaues. Die vom Bundeskabinett am 14. September dieses Jahres beschlossene mittelfristige Absicherung der öffentlichen Wohnungsbauförderung kann selbst bei entsprechenden Anstrengungen der Länder ein weiteres Absinken des Volumens des sozialen Wohnungsbaues nicht verhindern. Die beschlossene Fortführung des sozialen Wohnungsbaus führt zu keiner Lösung der wohnungspolitischen Schwierigkeiten und der wohnungswirtschaftlichen Probleme.

## Gesamtkonzeption steht immer noch aus

Die Bundesregierung klammert die notwendige Beseitigung der strukturellen Fehlentwicklungen im Sozialwohnungsbestand weiterhin aus. Den Problemen der Mietpreisverzerrungen, der Fehl- und Unterbelegungen mit der damit einhergehenden Fehlsubventionierung und

den Problemen des subventionsbedingten Mietanstiegs steht die Bundesregierung tatenlos gegenüber. Die vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau seit Jahren angekündigte Gesamtkonzeption für den Wohnungsbau steht immer noch aus.

## Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft

Nach Auffassung der CDU/CSU verlangt die gegenwärtige Situation der Wohnungsbaupolitik eine grundlegende Neuerung,

- die der gesetzlichen Aufgabe, breitgestreutes Wohnungseigentum, vor allem zugunsten der einkommensschwächeren Teile der Bevölkerung zu schaffen, gerecht wird,
- die das durch die jüngere Gesetzgebung des Bundes von zwangswirtschaftlichen Elementen gekennzeichnete Wohnungswesen wieder schrittweise unter gezielter sozialer Absicherung in die Soziale Marktwirtschaft zurückführt,
- die bis auf einen für Problemgruppen wirklich benötigten Restbestand die Überführung des gebundenen Wohnungsbestandes in die Soziale Marktwirtschaft, insbesondere durch Förderung der Privatisierung von Sozialwohnungen, in Angriff nimmt,
- die durch die Beseitigung investitionshehmender Vorschriften im Miet- und Wohnungsrecht wieder privates Kapital in dem notwendigen und wünschenswerten Umfang in den Mietwohnungsbau lenkt,
- die die Fehlentwicklungen im Sozialwohnungsbestand beseitigt.

## ■ RHEINISCHER LANDESPARTEITAG

# Aachen war ein Triumph für Heinrich Köppler

**Der 31. Landesparteitag der CDU Rheinland am vergangenen Wochenende in Aachen, endete mit einem großen Erfolg des bisherigen Landesvorsitzenden Heinrich Köppler. Mit 402 von 472 gültigen Stimmen — das sind ca. 85,2 Prozent — wurde er erneut zum Vorsitzenden der rheinischen Landespartei gewählt. Mit diesem eindrucksvollen Ergebnis konnte Heinrich Köppler seinen Stimmenanteil gegenüber der Wahl von 1975 (83,3 Prozent) noch verbessern. Die Delegierten feierten den Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag nach seiner Wiederwahl minutenlang.**

**B**ei der Wahl der vier Stellvertreter gab es keine Überraschungen: Horst Waffenschmidt (Waldbröl) erhielt mit 354 Stimmen den größten Vertrauensbeweis. Auf Margarete Versteegen (Emmerich) entfielen 307, auf den wegen plötzlicher Erkrankung fehlenden Konrad Grundmann (Krefeld) 284 und auf Karl Lamers (Königswinter) 256 Stimmen; wiedergewählt wurde mit großer Mehrheit (394 Stimmen) Herbert Köhler (Duisburg) zum Landesschatzmeister.

In seiner programmatischen Rede setzte sich Heinrich Köppler besonders mit den aktuellen Problemen des Terroris-

mus auseinander und stellte u. a. fest: „Wir müssen wieder eine klare Verantwortlichkeit schaffen. Solidarität der Demokraten darf nicht Verantwortlichkeit von Regierung und Opposition verwechseln.“ Köppler setzte sich besonders für die Überwachung des mündlichen Verteidigerverkehrs ein. „Die Mehrheit unserer Bevölkerung kann nicht einsehen, daß es ein Abbau des Rechtsstaates sein soll, wenn wir bei dringenden Verdachtsmomenten auch den mündlichen Verkehr der Verteidiger überwachen. Es ist ferner nicht einzusehen, daß rechtsstaatliche Prinzipien abgebaut werden, wenn terroristische Gewaltverbrecher, die lauthals erklären, daß sie auch nach Verbüßung einer Strafe entschlossen sind, weitere terroristische Straftaten zu begehen, im Interesse der Sicherheit unseres Volkes in Sicherheitsverwahrung genommen werden.“

Heftig ging Heinrich Köppler mit der Regierung Kühn ins Gericht. Er warf der SPD und FDP vor, nach elf Jahren Regierungsverantwortung in Düsseldorf am Ende zu sein und das Vertrauen des Volkes verspielt zu haben. Besonders in der Wirtschaft müßten neue Akzente gesetzt werden. „Das aber schaffen wir nur mit der Marktwirtschaft.“ Die Kühnsche Politik bezeichnete Heinrich Köppler als eine Politik des Versagens.

Versagt hat die sozial-liberale Regierungskoalition auch in der Bildungspoli-

tik. Heinrich Köppler bezeichnete den amtierenden Kultusminister Girgensohn, der für die Einführung der Koop-Schule als Vorläufer der Einheitsschule verantwortlich ist, als „eine Henne, unter deren Flügeln die Eier roter Ideologen ausgebrütet werden“. Er warf dem Kultusminister eine besonders starke Vernachlässigung der Hauptschulen vor.

## Gute Chancen für das Volksbegehren

Der Parteitag in Aachen stellte die Weichen für die kommenden Wahlen in sachlicher wie personeller Hinsicht. Ziel der rheinischen CDU, mit 132 000 der mitgliederstärkste Landesverband, ist es, zusammen mit den westfälischen Freunden, die Regierung Kühn abzulösen.

Heinrich Köppler erhielt für seine außerordentlich kämpferische Rede großen Beifall.

Daß Köppler der unumstrittene Oppositionsführer in Nordrhein-Westfalen sei, bekräftigte auch Kurt Biedenkopf am Sonntagmorgen bei der Gratulation. Nach seiner Auffassung eröffne das geplante Volksbegehren gegen die Einführung der Koop-Schule „gute Chancen“, die Regierung Kühn schon vor 1980 abzulösen. Kurt Biedenkopf erwähnte eine von ihm in Auftrag gegebene Untersuchung, wonach sich mehr als 60 Prozent der Befragten für die Beibehaltung des derzeitigen Schulsystems in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen hätten.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler rief die Partei zur Solidarität und Loyalität auf. Er äußerte die feste Überzeugung, daß die CDU bei der nächsten Wahl auch ohne Gründung einer vierten Partei die absolute Mehrheit erringen

könnte, „wenn wir unsere Ziele kraftvoll und entschlossen durchsetzen“.

In fünf Arbeitskreisen diskutierten die Delegierten wichtige zentrale politische Themen, zu denen besonders eingesetzte Kommissionen während der Sommerpause die Vorgaben geleistet hatten. Behandelt und verabschiedet wurden Resolutionen zur Energie- und Bildungspolitik, zur Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik sowie zu den Menschenrechten.

Viel Beifall erhielt der Vorsitzende der katalanischen Schwesterpartei, Anton Canyellas, der in Aachen Grüße aus Spanien überbrachte. Auch Wilhelm Johnen, lange Jahre Vorsitzender der Partei und Landtagspräsident, wurde herzlich begrüßt.

Bei den Diskussionsreden setzte sich der frühere nordrhein-westfälische Kultusminister Paul Mikat vehement für die Stärkung von Ehe und Familie ein. Er rief die CDU auf, sich verstärkt den familienpolitischen Problemen zuzuwenden.

## In Essen wird das Landespräsidium NRW gewählt

Am Rande des Parteitages wurde bekannt, daß die gemeinsame Landesversammlung der Landesverbände Rheinland und Westfalen am Samstag, dem 26. November, 10 Uhr, in Essen stattfindet. Auf dieser Versammlung wird das 14köpfige Landespräsidium gewählt. Stimmberechtigt sind 314 Delegierte, je 150 aus den beiden Landesverbänden sowie die Mitglieder des Landespräsidiums. Kandidat für den Vorsitz ist Heinrich Köppler, als Stellvertreter kandidiert Kurt Biedenkopf.

## ■ KOALITION

### Helmut Schmidt auf schwachem Fundament

Der Versuch der SPD-Fraktionsführung, die bei der Abstimmung über das Kontaktparagengesetz zerbrochene Geschlossenheit wieder herzustellen, ist gescheitert. Nunmehr steht fest, daß zumindest zwei SPD-Abgeordnete in ihrem künftigen Stimmverhalten so unalkulierbar sind, daß sie abgeschrieben werden müssen. Die „Linksrebell“ Coppik und Hansen gelten nicht mehr als in die Fraktion integrationsfähig. Bei der Abstimmung über alle Gesetze, die ideologisch umstritten sind, ist die Regierungsmehrheit durch sie von fünf auf drei Stimmen dezimiert. Aber nicht nur die „Rebell“ Coppik und Hansen verfolgen die Politik von Helmut Schmidt mißtrauisch. Wie der angesehene Bonner Informationsdienst von Curt L. Schmitt am 28. Oktober schreibt, meinte ein führender Mitarbeiter der SPD-Zentrale, aus den internen Diskussionen der letzten Tage ergebe sich, daß auch der Parteivorsitzende Brandt, sein Stellvertreter Koschnick und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ehmke starke Vorbehalte gegen die Regierungspraxis des Kanzlers hätten.

### KBW-Aktivisten an Bremer Uni

In den Tagen, als Hanns-Martin Schleyer sich in der Gewalt seiner Entführer befand und fast 90 Flugpassagiere von Terroristen mit dem Tode bedroht waren, konnte man an einer Wand der Universität Bremen lesen: „Ohne bewaffneten Aufstand kann die Arbei-

terklasse die Herrschaft der Bourgeoisie nicht stürzen.“ Es handelte sich um Propaganda des „Kommunistischen Bundes Westdeutschlands“ (KBW). Einer der Aktivisten dieser Partei, Mützelburg, ist der Leiter der Organisationseinheit Lehrerbildung an der Universität. Zum KBW bekennen sich auch die Bremer Professoren Wihtstutz und Nake, die regelmäßig die Parteizeitung öffentlich verkaufen. Beide Professoren lehren noch immer unangefochten, ebenfalls jene Frau Professor Bieseker, die kommunistische Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen der Straßenbahn anführte. Der KPD-Aktivist Professor Scheer wurde zwar vom Dienst suspendiert, aber er führt desungeachtet weiterhin Veranstaltungen durch, bedient sich auch unbehindert seines Dienstzimmers. Die „Deutsche Zeitung“ fragt in diesem Zusammenhang: „Gehört Bremen nicht mehr zum Geltungsbereich des Grundgesetzes? Oder wissen die Verantwortlichen dort, der Senator Franke und der Bürgermeister Koschnick — der stellvertretende SPD-Vorsitzende — nicht, was es heißt, unter diesem Grundgesetz Verantwortung zu tragen?“

### Programmiertes Elend

Die Bonner Unterstützung des vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Waffenembargos gegen Südafrika nannte der CDU-Bundestagsabgeordnete Wohlrabe, der von einem dreiwöchigen Aufenthalt in Südafrika und Namibia (Südwestafrika) zurückkehrte, in einem ddp-Gespräch eine „Verbeugung vor den radikalen Kräften in Afrika“. Zu dem diesen Thema naheliegenden Problem Rhodesien kommentierte „Die Welt“ am 7. November 1977: „Frau Schlei verkündete dieser

Tage, daß, wenn Rhodesien und Südwestafrika unter schwarzer Regierung selbständig werden, die Bundesrepublik umfangreiche Entwicklungsgelder gewähren werde. Heute, unter weißer Regierung, ist Rhodesien das Land mit der größten Wachstumsrate Afrikas (trotz Sanktionen), es ernährt nicht nur sich selber, sondern ernährt das große Zaire mit Mais und Fleisch. Es versorgt andere afrikanische Staaten mit Fleisch... Es braucht keine Hilfe für seine hochaktive Wirtschaft. Unter gemäßigten schwarz-weißen Koalitionsregierungen würde diese Entwicklung weitergehen. Sollten hingegen die Günstlinge von Egon Bahr und Marie schlei dort die Macht ergreifen, dann ist in der Tat der Ruin beider Länder zu erwarten. Frau Schlei tut recht daran — aus ihrer Sicht! — für diesen Tag Geld bereitzustellen. Und sie tut klug daran, kein Wort darüber zu verlieren, was für eine Freiheit das ist, die das Elend vorprogrammiert.“

## Frau Kappler und die SPD

Anneliese Kappler, die ihren Ehemann, den ehemaligen SS-Mann und Polizeichef von Rom, Herbert Kappler, aus einem italienischen Militärkrankenhaus entführte und nach Deutschland brachte, soll auf Wunsch der ehemaligen Jusso-Funktionäre Willem Günnemann, Johannes Frandsen und Uwe Kempf die Mitgliedschaft in der SPD aberkannt werden. Die Ex-Jusos zeigten sich in einem offenen Brief an Bundesminister Karl Ravens und den SPD-Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Peter von Oertzen, „doppelt empört“ über Pressemeldungen, „daß die Frau des Kriegsverbrechers und Faschisten Kappler nicht nur nach wie vor Mitglied der SPD ist, sondern daß der hiervon unterrichtete Parteivorstand es nicht für notwen-

dig hält, ein Parteiordnungsverfahren gegen Frau Kappler einzuleiten.“ Günnemann, Frandsen und Kempf wurden 1975 wegen ihrer Unterstützung einer Gedenkveranstaltung des kommunistisch gelenkten „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ aus der SPD ausgeschlossen.

## Neuer Konfliktstoff in der FDP

Die schleswig-holsteinischen Jungdemokraten lehnten in einem Beschluß ihrer außerordentlichen Delegiertenversammlung die von der Bundesregierung angewandten Methoden zur Bekämpfung des Terrorismus ab. Sie verteidigten den Nachdruck des Göttinger „Back-Nachrufs“ durch die Berliner Jungdemokraten. Mit großer Mehrheit begrüßten die Delegierten die Absicht der „Bertrand Russell Peace Foundation“, ein „Tribunal über die Verletzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik und West-Berlin“ zu veranstalten. Die „massive Kritik des Auslands an der Ausübung des Grundgesetzes“ sei berechtigt. Außerdem mißbilligten die Delegierten einstimmig den Übergang der Aufgaben des Bundeswirtschaftsministers von Hans Friderichs an Graf Lambsdorff.

## Apels „Buchungstricks“

Der finanzpolitische Sprecher der Opposition, Strauß, hat Bundesfinanzminister Apel vorgeworfen, mit „Taschenspielertricks“ der Öffentlichkeit einen überdurchschnittlichen Anstieg der öffentlichen Investitionen im Bundesetat 1978 vorzutäuschen. Anlässlich einer kleinen Anfrage zum Etat 1978 erklärte Strauß in Bonn, in einer Reihe von Fällen seien Ausgaben willkürlich anders als 1977 gebucht und namentlich bisherige Konsumausgaben als Investitionen ausgewiesen worden.

## ■ LANDESPARTEITAG HESSEN

# Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist vorrangig

In der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Verbesserung der inneren Sicherheit sieht die hessische CDU ihre zentralen Ziele, die sie auch in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung für die im Spätherbst 1978 stattfindenden Landtagswahlen stellen will. Die 660 Delegierten des 44. Landesparteitages forderten insbesondere auch für Klein- und Mittelbetriebe die Förderung privater Investitionen, die Einführung eines zehnprozentigen Konjunkturabschlages von der Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz für die Dauer eines Jahres und die Verbesserung der Berufsberatung und Vermittlung bei den Arbeitsämtern durch eine Aufstockung des Fachpersonals.

Die Tarifpartner sollten überdies ihre besondere Verantwortung beachten. Angesichts der unsicheren Nachfrage reagierten Produktion und Beschäftigung stark auf die Kostenlage der Betriebe, wobei die Personalkosten eine entscheidende Rolle spielten.

Die Delegierten forderten im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit vor allem den Ausbau überbetrieblicher Lehrwerkstätten und die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Auch sollte die Einführung eines allgemeinen Berufsgrundbildungsjahres angestrebt werden. Außerdem wurde eine bessere

schulbegleitende Berufsberatung für die Jugend, eine verstärkte Förderung leistungsgeminderter Jugendlicher, ein besserer überregionaler Ausgleich bei Engpässen, die Beseitigung ausbildungsbehindernder Vorschriften durch eine praxisgerechtere Gestaltung gesetzlicher Bestimmungen und eine stärkere Kostenentlastung für Ausbildungsbetriebe postuliert.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wurde aufgefordert, ein Programm zur stärkeren Förderung des Wohneigentums vorzulegen. Durch Verlängerung der Laufzeiten der Kredite, durch besondere Zins- und Tilgungsregelungen und durch Garantien für die Restfinanzierung sollte auch jüngeren Familien der Erwerb eines Eigenheims ermöglicht werden. Die Kommunen sollten durch die Verbreiterung des finanziellen und raumordnerischen Spielraums neue Anreize erhalten, vermehrt Bauland zu günstigen Bedingungen bereitstellen. Zinsaufwendungen für Eigenheime und Eigentumswohnungen sollten über den Mietwert der eigengenutzten Wohnung hinaus bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens berücksichtigt werden. Die §-7 b-Grenzen sollten an die Baukostenentwicklung angepaßt werden.

Der Parteitag bekannte sich in einer weiteren Resolution grundsätzlich zur Privatisierung von Teilbereichen der staatlichen Leistungsverwaltung. Im Be-

reich der inneren Sicherheit sprechen sich die Delegierten für eine Verstärkung des Bundesgrenzschutzes, der Polizei in den Bundesländern und der Verfassungsschutzämter sowie die Abschaffung der Zwangsernährung aus. Die Strafprozeßordnung solle so ergänzt werden, daß bei Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung Wiederholung und Fortsetzungsgefahr gegeben sei und damit ein absoluter Haftgrund geschaffen werde.

Weiterhin verlangte der Parteitag die Überprüfung des britischen Rechtsinstitutes „Kronzeuge“ auf die Einführung in die Rechtsordnung der Bundesrepublik und ein wirksameres Vorgehen gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst. Das in der Verfassung vorgesehene Instrument der Grundrechtsverwirkung sollte entschiedener als bisher eingesetzt werden. Die Haftbedingungen für terroristische Gewalttäter müßten denjenigen anderer Gefangener vollkommen angeglichen werden. Neben den vorhandenen Einrichtungen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes seien zur nachhaltigen Bekämpfung des Terrorismus Spezialeinheiten aufzustellen.

Als entscheidend sah aber der Parteitag eine geistige Offensive gegen den Terrorismus an. Helfer, Mitläufer und Sympathisanten der Terroristen müßten entschlossener und energischer als bisher bekämpft werden. Wörtlich heißt es in einer Resolution: „Der Kampf gegen den Terror kann nur Erfolg haben, wenn auch die geistigen Wurzeln des Terrorismus, der aus der neuen Linken herkommt, schonungslos offengelegt wird.“

Die Delegierten verlangten, alle bestehenden oder in Vorbereitung befindlichen Lehrbücher und Lehrmaterialien

gewissenhaft darauf zu untersuchen, inwieweit sie der Gewaltanwendung und dem Terrorismus Vorschub leisten, ihn begünstigen oder sogar verherrlichen.

Der von den Delegierten stürmisch gefeierte Landesvorsitzende der hessischen CDU, Alfred Dregger, hatte in einem Grundsatzreferat zu Beginn die Entschlossenheit seiner Partei bekundet, die nach 32 Regierungsjahren abgenutzte, in Skandale und Affären verstrickte SPD abzulösen. Die CDU bestimme das Bild. Wörtlich sagte Dregger: „Wir sind vorn. Die anderen stehen am Ende der Fahnenstange. Wir stehen am Anfang einer neuen Ära, die unser Land von Grund auf erneuern soll.“

Scharf geißelte Dregger die ideologisch geprägte Bildungspolitik von SPD und FDP. Gleichzeitig machte er nochmals deutlich, daß die Union das Zwangsgebilde der Stadt Lahn im Falle eines Landtagswahlsieges auflösen werde. Dem neuen Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann dankte er für seine kluge Politik in Frankfurt. Gleichzeitig sprach er sich für eine Novellierung der hessischen Gemeindeordnung aus. In Frankfurt stehe der absoluten Ratsmehrheit der CDU im Parlament eine Magistrats-Majorität der SPD gegenüber. Die Folge sei ein „kommunalpolitisches Satyrspiel, bei dem die Demokratie auf der Strecke zu bleiben drohe“. Einer solchen Blockade-Politik zu Lasten der Bürger müsse durch eine Neufassung der Gemeindeordnung ein Riegel vorgeschoben werden.

Mit Begeisterung empfangen wurde der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl, der zum Abschluß des Parteitages scharfe Attacken gegen die Regierungsparteien richtete und ihnen schwere Versäumnisse in der inneren Sicherheit vorwarf.

## ■ CDU HAMBURG

### Mit Blumenfeld und Echternach

Geschlossen und betont kämpferisch geht die Hamburger CDU in die politischen Auseinandersetzungen der kommenden Monate. Mit großer Mehrheit verabschiedete ihre Vertreterversammlung am vergangenen Wochenende die endgültige Kandidatenliste für die Bürgerschaftswahlen 1978. Zuvor hatte der CDU-Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl auf einer Großkundgebung unter stürmischen Beifall erklärt: „Wir werden alles tun, damit Erik Blumenfeld Bürgermeister wird und ein neuer Anfang in der Hamburger Politik gemacht wird.“

Nach dem großen Erfolg von 1974 — die Union konnte mit der SPD fast gleichziehen — stehen Erik Blumenfeld und Jürgen Echternach erneut an der Spitze des stark verjüngten CDU-Aufgebots für die Bürgerschaftswahl. Bürgermeisterkandidat Erik Blumenfeld unterstrich die Entschlossenheit der Hamburger CDU, SPD und FDP bei der kommenden Wahl in der Regierungsverantwortung abzulösen. „Dafür“, so Landesvorsitzender Jürgen Echternach, „haben wir eine greifbare und reale Chance.“ Für den Fall des Wahlsieges kündigten beide Politiker eine grundlegende Korrektur in der Bildungs-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der Hansestadt an. Zugleich lehnten die Delegierten der Partei ein Moratorium bei der Errichtung weiterer Kernkraftwerke ab und beschlossen umfangreiche Leitsätze zur Stadtentwicklung.

## ■ SPD

### Entwicklungshilfe des Herrn Bahr

Am 3. November 1977 empfing der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, den Beauftragten der PLO, Dr. Isam A. Sartawi. An diesem Gespräch nahm u. a. auch der Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, teil. Die PLO steht in dem von keiner Seite bisher bestrittenen Vorwurf, sie habe den Terrorismus auf ihre Fahnen geschrieben.

Vor dem Hintergrund dieses Zusammenreffens drängt sich eine Erinnerung auf. Am 27. Oktober 1977 sagte Egon Bahr vor dem Deutschen Bundestag u. a.: „Es ist logisch richtig und zu begrüßen, daß die Bundesregierung Befreiungsbewegungen unterstützt, auch in diesem Fall unter Anwendung ihres Grundsatzes, keine Waffen zu liefern. Aber unsere humanitäre Hilfe, unsere Hilfe bei der Ausbildung und vielleicht auch die Hilfe in Form von Material ist wirklich als Parteinahme und Hilfe gedacht. Es ist eine Hilfe, damit andere ihr Selbstbestimmungsrecht verwirklichen. Wenn Herr Strauß eben gesagt hat, daß wir damit natürlich indirekt auch Mittel für Waffen freimachen, die sonst für andere Zwecke gebunden wären, so sage ich auch dazu ja; denn wenn man nein sagen würde, müßte man Hilfe an Befreiungsbewegungen eben prinzipiell ablehnen. Es gibt schlechterdings keine Hilfe, die nicht auch Beteiligung an einem gerechten Kampf mit friedlichen Mitteln darstellt. Die Sozialdemokratische Partei ist auch in diesem Falle gegen Neutralität.“

Die PLO wird Ihnen danken, Herr Bahr.

## ■ PARTEIARBEIT

# Neues von der „Woche der CDU“

**Der Herbst 1977 steht in vielen CDU-Verbänden unter dem Zeichen der „Woche der CDU“. Eine Fülle von Aktionen mit guten Ideen und viel Erfolg kennzeichnen diese Arbeit. Die kleine Auswahl bringt 20 bemerkenswerte Beispiele, die auch als Anregungen dienen sollen.**

### Wehrpolitischer Tag

Eine Veranstaltung mit drei Mitgliedern des Verteidigungsausschusses.  
(Woche der CDU Ulmen)

### Kohle und Kernenergie

Öffentliche Podiumsdiskussion mit Vertretern der örtlichen Wirtschaft, der Stadtwerke, der Kraftwerk-Union AG, der IG Bergbau und Energie und dem Gesamtbetriebsrat der BAG Niederrhein. (CDU in Aktion — Oberhausen)

### Jugendmusikschule in Warstein — pro und kontra

Diskussion mit Eltern, Schülern, Pädagogen, Angehörigen der Verwaltung usw. (Woche der CDU Warstein)

### Gespräch mit Offizieren und Soldaten

Besuch des Fernmeldebataillons 940, Standort Daun. Diskussion über wehrpolitische Fragen mit Angehörigen der Bundeswehr — Dr. Alois Mertes, MdB, und interessierten Bürgern.  
(Woche der CDU Daun)

### Probleme der Innenstadt

Öffentliche Sitzung der CDU-Ratsfraktion (Woche der CDU Offenbach)

### Arbeitsmarktsituation im Kreis Neunkirchen

Gespräch mit Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsamt, Stadtverwaltung usw.

(Woche der CDU Ottweiler)

### Direktwahlen zum Europäischen Parlament

Vortrag von G. Kunz, MdB, mit Diskussion (Treffpunkt CDU Berlin-Steglitz)

### Wie kinderfreundlich ist unsere Gemeinde?

Diskussionsveranstaltung

Die Kinder der Besucher werden beaufsichtigt

(Woche der CDU Kaarst-Büttgen)

### Die Frau in unserer Gesellschaft

Referat mit Diskussion

(Woche der CDU Dormagen)

### „Jugend '77“

Erwartungen und Enttäuschungen

Diskussion mit Eltern, Jugendlichen und Sachverständigen

(Woche der CDU Altena)

### Trödelmarkt zugunsten behinderter Kinder (Woche der CDU Lage)

### Essen in den 80er Jahren

Öffentlicher Kreisparteitag der CDU Essen (Woche der CDU Essen)

## Privatisierung

Öffentliche Diskussion mit den Beteiligten (Woche der CDU Offenbach)

## Großer bunter Nachmittag auf dem Marktplatz für alle Einwohner

Mit Tombola und Kinderprogramm  
Solide Preise wie zur Regierungszeit der CDU (Woche der CDU Pfinztal)

## Ausstellung „100 Jahre Adenauer“

(Woche der CDU Lünen)

## Krankenhauspolitik — am Iserlohrer Raum vorbei?

- a) Marktplatzaktion
  - b) Krankenhausbesuch
  - c) Podiumsdiskussion
- (Woche der JU Iserlohn)

## Baumpflanzaktion an der Lippe

Mit Unterhaltung und Grillstand  
(Woche der CDU Werne)

## Gespräch mit unseren Kurgästen

(Woche der CDU Bad Bellingen)

## Verbrauchermarkt kontra Tante-Emma-Laden

Diskussion mit Beteiligten  
(Woche der CDU Mettmann)

## 30 Jahre CDU Oldenburg

Veranstaltungsreihe aus diesem Anlaß  
(Woche der CDU Oldenburg)

Informationen über „Woche der CDU“  
senden Sie bitte an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn.

## CDU-Wandzeitung im November

**Jetzt gilt es für unseren Staat, Partei zu ergreifen**

Die Ausgabe weist auf die zentrale politische Frage der letzten Wochen hin: den Terrorismus.

Preis: 7,— DM pro 25 Exemplare.

Mindestabnahme: 25 Exemplare.

**Best.-Nr. 7798**

## Neue Broschüre zur inneren Sicherheit

Die Veröffentlichung mit dem Beschluß des Bundesfachausschusses Innenpolitik vom 24. Juni 1977 umfaßt 16 Thesen zur inneren Sicherheit sowie eine Zusammenfassung der notwendigen Gesetzgebungsmaßnahmen.

Das Thema innere Sicherheit beherrscht die politische Landschaft seit September 1977. Die Broschüre dient als aktuelle Information und Unterlage zur Parteiarbeit.

Wichtige Fragen, wie die Organisation und Ausrüstung der Polizei, Kompetenzverteilung zwischen Bund und Länder, Jugendkriminalität oder Verfassungsfeinde, werden im Sinne der CDU beantwortet.

Preis: 39,— DM pro 100 Exemplare.

Mindestabnahme: 100 Exemplare.

**Best.-Nr. 5787**

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postf. 66 66, Telex 9 33 753 iserv d.  
Alle Preise inkl. Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

UNION BETRIEBS GMBH  
5300 BONN  
ARGELANDERSTRASSE 173  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 CX  
GEBUHR BEZAHLT

## ZITAT

### Mit viel Geschick

*Gedacht war die Sendung (ZDF, Donnerstag, 21.15 Uhr) wohl als eine Art Einstimmung zur Bundestagsdebatte über den Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wurde jedoch zum einseitigen Kreuzverhör des CDU-Generalsekretärs durch zwei Fernsehjournalisten.*

Was war eigentlich das Thema des Kreuzverhörs? Der Normalverbraucher wird kaum gewußt haben, daß eine interne Dokumentation der CDU existiert mit Zitaten zum Terrorismus von Pastor Albertz bis Heinrich Böll und Günter Grass. Zunächst wurde den Zitierten Gelegenheit gegeben, sich zu dieser Dokumentation zu äußern. „Nicht Aufklärung, sondern bewußte Diffamierung des politischen Gegners war der gemeinsame Grundtenor dieser Stellungnahmen.

*Dann mußte Geißler die Dokumentation verteidigen. Er tat es mit großem Geschick, meisterhaft.*

*Hier sind einige weitere Zitate: „Ein Künstler, der sich politisch äußert, muß sich an politischen Maßstäben messen lassen. — Diese Dokumentation soll die geistige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus nicht ersetzen. — Dürfen wir denn nicht auch radikal fragen, dürfen das denn nur die anderen? — Äußerungen, die getan wurden, kann man nicht zurückziehen. — Mit den Worten muß sorgsamer umgegangen werden.“*

*Die CDU will jedenfalls ihre Dokumentation nicht zurückziehen. Nach der Fernsehsendung wäre es allerdings erwünscht, daß sie jedermann zugänglich gemacht wird, damit sich jeder ein eigenes Bild machen kann und sich nicht auf die Urteile von Günter Grass, Pastor Heinrich Albertz, Robert Jungk oder Alexander Mitscherlich allein verlassen muß. Dies war wohl allerdings kaum die Absicht des ZDF.*

Bonner Rundschau, 29. Oktober 1977

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 221431-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# UiD